

Sudan

1) Schutz von Zivilpersonen, Recht auf Leben und Kriegsverbrechen

Ein Interview mit Amnesty-Researcher Abdullahi Hassan beschreibt den Sudan nach drei Kriegsjahren als eine der schwersten humanitären und menschenrechtlichen Krisen weltweit. Millionen Menschen sind vertrieben, Kinder können oft nicht zur Schule gehen, und die Zivilbevölkerung ist laut Amnesty nirgendwo im Land sicher. Hassan schildert, dass die RSF in Al-Faschir 2025 gezielt Zivilist*innen angegriffen, humanitäre Hilfe abgeschnitten und schwere sexualisierte Gewalt verübt habe. Amnesty sieht darin kein Einzelereignis, sondern Teil eines breiteren Musters systematischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Zugleich kritisiert Amnesty anhaltende Waffenlieferungen an die Konfliktparteien und fordert ein landesweites Waffenembargo sowie besseren Schutz für sudanesisch Geflüchtete in den Nachbarländern.

<https://www.amnesty.de/aktuell/sudan-krieg-interview-amnesty-researcher-abdullahi-hassan>

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte warnt, dass bewaffnete Drohnen in den ersten vier Monaten 2026 mehr als 80 % der zivilen Todesfälle im Sudan verursacht hätten. Mindestens 880 Zivilpersonen wurden getötet. Zivile Ziele sind unter anderem Märkte, Gesundheitszentren, Flughäfen und Versorgungswege.

<https://news.un.org/en/story/2026/05/1167479>

Ein Kurzbericht der UN berichtet, dass laut lokalen Quellen bei Angriffen auf zwei Städte in Nord-Darfur nahe der Grenze zwischen Sudan und Tschad mindestens 12 Menschen ums Leben kamen.

<https://news.un.org/en/story/2026/05/1167591>

Reuters rekonstruiert anhand von Videos und Aussagen von Überlebenden die Einnahme von El Fasher und dokumentiert, wie RSF-Kräfte Zivilpersonen töteten, während Kommandeure zusahen. Besonders relevant ist die halbstündige Reportage für die visuellen Beweise, die zusammengestellt werden und zeigen wie die arabischen Milizen nicht-arabische Menschen beispielsweise als „Sklaven“ bezeichnen, nachdem sie diese umgebracht haben.

<https://www.reuters.com/investigates/special-report/sudan-politics-darfur-commanders/>

Ebenfalls im Kontext von den Massakern von El-Fasher, fordert Amnesty International, den RSF-Kommandeur Al-Fatih Abdallah Idris, bekannt als „Abu Lulu“, unverzüglich vom Schlachtfeld zu entfernen und unabhängig zu untersuchen. Hintergrund ist, dass „Abu Lulu“ bereits 2025 nach online verbreiteten Videos, die mutmaßliche Hinrichtungen von Gefangenen in Zivilkleidung zeigen, von der RSF-Führung festgesetzt worden sein soll. Laut einer von Amnesty International aufgegriffenen Reuters-Recherche soll er jedoch im März 2026 wieder in den Kämpfen in Kordofan eingesetzt worden sein. Amnesty warnt, dass die Rückkehr eines Kommandeurs, gegen den schwerwiegende Vorwürfe von Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit den Angriffen auf El Fasher im Raum stehen, ein weiteres Zeichen für Straflosigkeit im Sudan-Konflikt ist. Die Organisation verlangt, dass alle Verantwortlichen für Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur zur Rechenschaft gezogen werden und dass fliehenden Zivilist*innen sichere Fluchtwege garantiert werden

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/sudan-rsf-commander-abu-lulu-must-be-removed-from-battlefield-immediately-amid-war-crimes-allegations/>

Human Rights Watch berichtet, dass kolumbianische private Militärdienstleister offenbar über VAE-Strukturen nach Sudan gelangten, um die RSF zu unterstützen; HRW bewertet dies als möglichen Beitrag zu Kriegsverbrechen der RSF. Der 83-seitige Bericht „Von Bogotá nach El Fasher: Die Rolle der VAE beim Einsatz kolumbianischer Kämpfer und anderer Unterstützung für die Rapid Support Forces im Sudan“, legt Beweise vor, die zeigen, dass das in Abu Dhabi ansässige Sicherheitsunternehmen Global Security Services Group (GSSG) seit 2024 Hunderte kolumbianischer privater Söldner*innen angeheuert hat, die in den Sudan entsandt wurden, um an der Seite der RSF zu kämpfen, die gegen die sudanesischen Streitkräfte (SAF) kämpft. Human Rights Watch fand Beweise dafür, dass private Militärs im Oktober 2025 in El Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, waren, als die RSF die Stadt einnahmen und es zu zahlreichen Morden und Vergewaltigungen kam.

<https://www.hrw.org/news/2026/05/25/sudan-colombians-linked-to-atrocities-trained-in-uae-bases>

2) Recht auf Nahrung, Gesundheit und humanitäre Hilfe

UNICEF, FAO und WFP warnen, dass 19,5 Millionen Menschen im Sudan unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden und über 825.000 Kinder 2026 von schwerer akuter Mangelernährung betroffen sein werden. Die Kombination aus Krieg, Vertreibung, zerstörter Gesundheitsversorgung und eingeschränktem humanitären Zugang verschlimmert die Lage Zusehens.

<https://news.un.org/en/story/2026/05/1167528>

<https://www.unicef.org/press-releases/risk-famine-persists-nearly-195-million-people-face-acute-food-insecurity-sudan>

Die Analysen von Satellitenbildern durch Aljazeera zeigen, dass der Krieg große Teile der sudanesischen „Kornkammer“ in Gezira, Sennar und Khartum schwer verwüstet hat. Während der RSF-Kontrolle brach die Landwirtschaft massiv ein, Bewässerungssysteme wurden beschädigt und wichtige Infrastruktur geplündert. Laut dem Bericht sank die Weizenproduktion in Gezira um 58 Prozent, was die Hungerkrise im Land weiter verschärfte. Zwar zeigen die Bilder nach Gebietsgewinnen der Armee erste Erholungen, doch die Schäden bleiben enorm.

<https://www.aljazeera.com/economy/2026/5/4/satellite-imagery-reveals-how-sudans-war-scorched-its-breadbasket>

Eine Analyse des Guardian zeigt, dass Hunger immer häufiger gezielt als Kriegswaffe eingesetzt wird und seit 2018 mehr als 20.000 Angriffe auf Märkte, Ackerland und Lebensmittelverteilung dokumentiert wurden.

Besonders betroffen sind laut dem Bericht unter anderem die besetzten palästinensischen Gebiete, Jemen und Sudan, wo Nahrungsmittelversorgung und landwirtschaftliche Infrastruktur wiederholt angegriffen wurden. Für Sudan verzeichnet die Analyse 1.605 Angriffe auf die Lebensmittelversorgung; als aktuelles Beispiel nennt der Artikel einen Drohnenangriff auf einen belebten Markt in West-Kordofan, bei dem 28 Menschen getötet wurden.

<https://www.theguardian.com/global-development/2026/may/24/hunger-weapon-of-war-food-violence-surges>

3) Pressefreiheit und Zugang zu Information

UNESCO hat den Guillermo Cano World Press Freedom Prize 2026 an die Sudanese Journalists Syndicate verliehen. Damit würdigt die Organisation den

Einsatz sudanesischer Journalistinnen, die trotz Gewalt, Vertreibung und massiver Einschränkungen weiter berichten. Die Auszeichnung macht auf die schwierige Lage der Presse im Sudan aufmerksam, wo Berichterstattung für viele Medienschaffende mit erheblichen persönlichen Risiken verbunden ist. UNESCO betonte, dass verlässliche Informationen in Krisenzeiten für die Bevölkerung besonders wichtig sind – auch für Sicherheit und den Zugang zu Hilfe. Zugleich ist der Preis ein Appell, Journalistinnen besser zu schützen und Angriffe auf die Presse nicht straflos zu lassen.

<https://www.unesco.org/en/articles/unesco/guillermo-cano-world-press-freedom-prize-2026-awarded-sudanese-journalists-syndicate-0>

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudanese-journalists-gather-in-france-as-syndicate-wins-unesco-press-freedom-prize>

4) Zivilgesellschaft und politische Teilhabe

In Nairobi haben sich sudanesisch-politische Gruppen, zivilgesellschaftliche Akteure und einige bewaffnete Bewegungen getroffen, um eine möglichst breite zivile Allianz gegen den Krieg zu bilden. Ziel ist es, den Konflikt nicht militärisch, sondern durch einen politischen Prozess zu beenden. Im Zentrum der Gespräche stand die „Sudanese Declaration of Principles“, die bereits Ende 2025 unterzeichnet worden war und nun als Grundlage für eine gemeinsame Anti-Kriegs-Strategie bestätigt wurde. Die beteiligten Gruppen betonen, dass es nicht um eine bloße Vereinbarung zwischen Kriegsparteien gehen soll, sondern um einen tiefergehenden Prozess zur Bearbeitung der Ursachen des Konflikts. Die Allianz fordert einen von sudanesischen zivilen Kräften getragenen Friedensprozess, Rechenschaft für die Verantwortlichen des Krieges sowie langfristig ein umfassendes Friedensabkommen, eine Übergangsverfassung und ein einheitliches nationales Sicherheits- und Militärsystem. Zugleich verstehen die Organisator*innen das Bündnis als offenen zivilen Gegenpol zum Krieg – als Zusammenschluss von Kräften, die sich für Frieden, Demokratie und eine zivile Transformation des Sudan einsetzen.

<https://sudantribune.com/article/314196>

<https://sudantribune.com/article/314320>

5) Soziale und wirtschaftliche Rechte

Das sudanesische Lehrerkomitee macht ausstehende Gehälter für die Verzögerung des Schuljahres in Gezira verantwortlich. Lehrkräfte warten dort demnach seit mehr als 14 Monaten auf Lohnzahlungen und Zulagen. Die Verschiebung des Unterrichts steht laut dem Komitee für eine tiefere Krise im Bildungssektor und die zunehmend schwierigen Lebensbedingungen von Lehrer*innen. Das Komitee kündigte an, den Protest notfalls zu verschärfen – bis hin zu Arbeitsniederlegungen, falls die Forderungen nicht erfüllt werden.

<https://sudantribune.com/article/314494>

In Nordsudan haben sich die Proteste gegen anhaltende Stromausfälle ausgeweitet. In der Region Al-Afad forderten Bewohner*innen eine verlässliche Stromversorgung als grundlegende öffentliche Dienstleistung. Nach Angaben von Sudan Tribune belasten die Ausfälle seit Jahren Haushalte, Geschäfte, Gesundheitszentren und Schulen – besonders bei den hohen Temperaturen. Die Krise steht dem Bericht zufolge mit kriegsbedingten Schäden an der Strominfrastruktur in Verbindung. Die Demonstrierenden fordern deshalb eine schnelle Reparatur des Netzes und nachhaltige Lösungen.

<https://sudantribune.com/article/314489>

In Khartum kehren erste Bewohner*innen zurück, doch die Erholung der Stadt verläuft nur langsam und sehr ungleich. Viele Viertel bleiben stark zerstört, wichtige Dienste wie Strom, Gesundheitsversorgung und Schulen funktionieren nur eingeschränkt. Laut Al Jazeera zögern viele Familien deshalb mit der Rückkehr – auch wegen wirtschaftlicher Unsicherheit und psychischer Belastungen nach Jahren von Krieg, Vertreibung und Plünderung. Zwar öffnen einzelne Geschäfte, Banken und Restaurants wieder, gleichzeitig steigen aber Lebenshaltungskosten und Transportpreise weiter stark an. Der Bericht zeigt damit, dass eine Rückkehr nach Khartum für viele Menschen weiterhin von unsicheren Lebensbedingungen geprägt ist.

<https://www.aljazeera.com/news/2026/5/19/khartoums-slow-recovery-amid-cautious-return>

<https://news.un.org/en/story/2026/04/1167341>

Südsudan

1) Schutz von Zivilpersonen, humanitärer Zugang und Vertreibung

Die Vereinten Nationen haben mitgeteilt, dass für das konfliktbetroffene Akobo Zusagen für einen sicheren humanitären Zugang erreicht wurden. Hilfsorganisationen wollen dort Nahrungsmittel-, Ernährungs-, Gesundheits- und Schutzhilfe ausweiten, bevor die Regenzeit die Lage weiter verschärft. Hintergrund sind anhaltende Vertreibung, schwere Schäden an ziviler Infrastruktur und eine sich verschärfende Hungerkrise in der Region. Die UN betonen, dass ein dauerhafter und sicherer Zugang entscheidend ist, um die humanitäre Lage nicht weiter eskalieren zu lassen.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/south-sudan-launches-media-security-conference-ahead-of-elections>

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-united-nations-acting-humanitarian-coordinator-welcomes-commitments-facilitate-humanitarian-access-akobo-jonglei-state>

Médecins Sans Frontières (MSF) warnt, dass Südsudan sich einem Kipppunkt nähert, da Angriffe auf Zivilpersonen und Gesundheitseinrichtungen weiter zunehmen. Laut dem Bericht dokumentierte MSF zwischen Januar 2025 und April 2026 insgesamt 12 Angriffe auf eigene Mitarbeitende und Einrichtungen, wodurch rund 762.000 Menschen den Zugang zu Gesundheitsversorgung verloren. Zusätzlich berichtet MSF von wahllosen Angriffen, Zwangsrekrutierung, sexueller Gewalt und erschwertem humanitärem Zugang in mehreren Landesteilen. Die Organisation fordert alle Konfliktparteien auf, Zivilpersonen sowie zivile Infrastruktur – insbesondere Krankenhäuser und Kliniken – besser zu schützen.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/south-sudan-nearing-breaking-point-amid-attacks-on-civilians-msf-says>

<https://www.msf.org/south-sudan-breaking-point>

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/they-killed-them-while-we-were-running-escalating-violence-south-sudan-may-2026>

UNMISS hat anlässlich des Internationalen Tags der UN-Friedenssicherungskräfte zu mehr Dialog, politischem Kompromiss und einem Ende der Feindseligkeiten in Südsudan aufgerufen. Die UN betonen, dass anhaltende Konflikte weiterhin großes Leid verursachen, Menschenleben kosten und Millionen zur Flucht zwingen. Zugleich verwies UNMISS auf die

eigene Arbeit zum Schutz von Zivilpersonen, zur Unterstützung humanitärer Hilfe und zur Stärkung des Zugangs zu Justiz, etwa durch mobile Gerichte.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/powerful-call-for-dialogue-and-compromise-to-secure-peace-in-south-sudan-issued-on>

<https://media.un.org/unifeed/en/asset/d357/d3579368>

2) Rechenschaft, Frieden und politische Rechte

Der UN-Sicherheitsrat hat die Sanktionen gegen Südsudan, darunter Waffenembargo, Reiseverbote und Kontensperrungen, um ein Jahr bis Mai 2027 verlängert. Begründet wurde dies mit anhaltender Gewalt und fehlenden Fortschritten im Friedensprozess. Gleichzeitig kritisierten mehrere Staaten und Südsudan selbst, dass die Maßnahmen den Frieden auch behindern könnten.

<https://press.un.org/en/2026/sc16374.doc.htm>

<https://media.un.org/photo/en/asset/oun7/oun71140171>

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/u-s-blames-kiir-as-u-n-renews-south-sudan-sanctions>

Die USA haben Präsident Salva Kiir nach der Verlängerung der UN-Sanktionen mangelnden politischen Willen und fehlende Fortschritte im Friedensprozess vorgeworfen. Washington forderte die südsudanesische Führung auf, Gewalt zu deeskalieren, den Dialog wieder aufzunehmen und die vereinbarten Reformen umzusetzen.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/u-s-blames-kiir-as-u-n-renews-south-sudan-sanctions>

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/u-s-blames-kiir-as-u-n-renews-south-sudan-sanctions>

3) Diskriminierung, ethnisch motivierte Gewalt und Schutz von Minderheiten

Regierungsnaher Nuer-Vertreter in Südsudan haben Vorwürfe zurückgewiesen, staatliche Kräfte würden gezielt Nuer-Zivilist*innen angreifen. Sie kritisierten Berichte internationaler Organisationen und der USA als irreführend und erklärten, Militäroperationen richteten sich gegen bewaffnete Gruppen, nicht gegen eine ethnische Gemeinschaft.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/govt-aligned-nuer-leaders-reject-u-s-aid-group-ethnic-targeting-claims>

<https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/05/announcement-of-targeted-visa-restrictions-for-individuals-involved-in-undermining-peace-in-south-sudan/>

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/they-killed-them-while-we-were-running-escalating-violence-south-sudan-may-2026>

4) Presse- und Meinungsfreiheit

In Juba hat UNESCO gemeinsam mit Medien, Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen eine dreitägige Konferenz zur Pressefreiheit organisiert, mit besonderem Fokus auf den Schutz von Journalist*innen vor den für Dezember 2026 geplanten Wahlen. Im Mittelpunkt standen journalistische Sicherheit, Zugang zu Informationen, Zensur, Desinformation und die Zusammenarbeit zwischen Medien und Sicherheitskräften. Die Konferenz betonte, dass freie und sichere Berichterstattung eine wichtige Grundlage für Frieden, demokratische Teilhabe und den Schutz anderer Menschenrechte in Südsudan ist.

<https://www.unesco.org/en/articles/shaping-future-peace-press-freedom-conference-south-sudan-explores-media-security-cooperation-lead>

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/south-sudan-launches-media-security-conference-ahead-of-elections>

Im Mai 2026 stand die Bedeutung freier Medien in Südsudan besonders im Fokus: Bei einem Dialog in Juba zum World Press Freedom Day betonte Kanada, dass Medienfreiheit eine zentrale Grundlage für Frieden, Rechenschaft und demokratische Teilhabe ist. Diese Botschaft griff auch eine von UNESCO unterstützte dreitägige Konferenz zur Pressefreiheit in Juba auf, bei der Journalistinnen, Zivilgesellschaft, Sicherheitskräfte und staatliche Stellen über journalistische Sicherheit, Zugang zu Informationen, Desinformation, Zensur und die Rolle der Medien im Vorfeld der für Dezember 2026 geplanten Wahlen diskutierten. Im RSF-Ranking 2026 fiel Südsudan auf Platz 118 von 180 Staaten zurück.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/canada-says-media-freedom-key-to-peace-accountability-in-south-sudan>

<https://www.unesco.org/en/articles/shaping-future-peace-press-freedom-conference-south-sudan-explores-media-security-cooperation-lead>

5) Frauenrechte, politische Teilhabe und Zivilgesellschaft

Frauenorganisationen und Politikerinnen in Südsudan haben die Regierung aufgefordert, die im Friedensabkommen zugesagte 35%-Quote für Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen endlich vollständig umzusetzen. Sie kritisieren, dass Frauen trotz formaler Zusagen weiterhin unterrepräsentiert sind und zuletzt sogar aus Ämtern verdrängt und durch Männer ersetzt wurden. Die Teilnehmer*innen eines Forums in Juba forderten daher verbindliche Kontrollen, eine Verankerung der Quote in der künftigen Verfassung und mehr echte politische Teilhabe statt bloßer Symbolpolitik.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/stop-tokenism-south-sudan-women-push-for-35-leadership-quota>

<https://www.sudanspost.com/three-women-purged-in-three-months-kiir-faces-backlash-over-gender-quota/>

In Western Equatoria haben Bürgerinnen vor den Wahlen mehr Friedensförderung, politische Aufklärung und Entwaffnung gefordert. Bei einem Workshop von UNMISS und der staatlichen Wahlkommission betonten Teilnehmende aus Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Medien sowie Frauen- und Jugendgruppen, dass sichere und informierte Wahlen nur in einem friedlichen Umfeld möglich sind.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/elections-w-equatoria-citizens-prioritize-peace-civic-education-and-disarmament>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/un-supported-training-aims-boost-electoral-readiness>

6) Jugend- und Friedensarbeit

UNMISS hat im Mai 2026 in Südsudan mehrere Initiativen unterstützt, die junge Menschen als wichtige Akteur*innen für Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken sollen. In Pibor diskutierten Schülerinnen und Schüler bei einer Debatte über Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie und gleiche Bildungschancen, während ein Football Peace Cup Jugendliche aus verschiedenen Gemeinschaften zusammenbrachte und Versöhnung, Vertrauen und friedliches Zusammenleben fördern sollte. In Juba startete UNMISS zudem

die jugendgeführte Kampagne „Hear Us, Act Now“, die jungen Menschen mehr Gehör in Friedensprozessen verschaffen will.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/leaders-of-tomorrow-take-center-stage-at-lively-debates-on-gender-equality-and>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/hear-us-act-now-unmiss-launches-youth-led-campaign-for-peace-in-juba>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/unmiss-supported-football-peace-cup-unites-pibors-diverse-youth-groups>